

**Regierungserklärung  
von Ministerpräsident Peter Müller**

***„Neue Wege für ein modernes Saarland.  
Den Fortschritt nachhaltig gestalten“***

**Es gilt das gesprochene Wort!**

**Staatskanzlei des Saarlandes, Saarbrücken, den 18. November 2009**

Herr Präsident,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,

mit der Landtagswahl vom 30. August diesen Jahres haben die Wählerinnen und Wähler die politischen Kräfte im Saarland neu geordnet. Erstmals seit 1955 sind wieder fünf Parteien im saarländischen Landtag vertreten. Erstmals seit 25 Jahren, in denen zunächst die Sozial- und dann die Christdemokraten über absolute Mehrheiten verfügten, stehen die Fraktionen vor der Aufgabe, eine Regierungskoalition zu bilden und die Politik des Landes in parteiübergreifender Verantwortung zu gestalten.

Damit ist eine bundesweit festzustellende Entwicklung auch im Saarland angekommen: Das Parteienspektrum wird breiter. Die überkommenen Raster der politischen Farbenlehre stimmen nicht mehr. Die Notwendigkeit der Bildung regierungsfähiger Koalitionen setzt die Überwindung der traditionellen Muster des politischen Lagerdenkens voraus.

Letztlich ist dies auch das Ergebnis eines grundlegenden Wandlungsprozesses in unserer Gesellschaft. Die traditionelle Einteilung in ein linkes und ein bürgerliches, in ein progressives und ein konservatives Lager spiegelt längst die politische Wirklichkeit in unserem Land nicht mehr wider. Viele Grundsatzpositionen und Kontroversen von einst haben sich überlebt. So geht es heute nicht mehr um den vermeintlichen Gegensatz zwischen Ökonomie und Ökologie. Statt dessen wissen wir, dass eine Ökonomie, die den Menschen dienen soll, nur eine ökologische und soziale Marktwirtschaft sein kann, die den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, ökonomische Effizienz und soziale Sensibilität miteinander verbindet. Die saarländische Politik exakt in diesem Sinne zu gestalten ist das Ziel der neuen Regierungskoalition von CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen.

Mit der Wahl des Ministerpräsidenten und der Bestätigung der neuen saarländischen Landesregierung durch den Landtag in der vergangenen Woche wurde ein neues Kapitel in der Geschichte unseres Landes aufgeschlagen. Zugleich stellt dies eine Zäsur in der bundesdeutschen Parteiengeschichte dar. Erstmals wird eine Regierung von einer Koalition aus CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen getragen. Eine derartige Konstellation gab es bisher noch in keinem anderen Bundesland der Bundesrepublik Deutschland. Deshalb wird die Arbeit dieser Koalition weit über die Grenzen unseres Landes hinaus besondere Aufmerksamkeit erfahren.

Die Koalitionspartner – CDU, FDP und Bündnis90/Die Grünen – haben sich darauf verständigt, christdemokratische, liberale und grüne Überzeugungen, Denkanstöße und Konzepte zu einem Projekt der ökonomischen, ökologischen und sozialen Modernisierung zusammenzuführen. Wir wollen eine neue Gemeinsamkeit wagen und diese Koalition zu einem Erfolgsmodell machen. Unser Bündnis ist auf die Dauer der gesamten Legislaturperiode angelegt. Wir haben uns auf einen Koalitionsvertrag verständigt, der geprägt ist durch den Respekt vor den grundlegenden Wertvorstellungen des jeweils anderen Partners und der einen detaillierten und ambitionierten Fahrplan zur Gestaltung der Politik in unserem Land in den kommenden fünf Jahren darstellt. Auf dieser Grundlage wollen wir den Strukturwandel in unserem Land weiter voranbringen, dem Erfordernis der Nachhaltigkeit Rechnung tragen und den sozialen Zusammenhalt in unserem Land stärken. Ein wirtschaftlich starkes, ökologisch vorbildliches und sozial gerechtes Saarland – das ist unser Ziel. Dafür werden wir mit all unserer Kraft gemeinsam arbeiten.

### **Große Herausforderungen in schwieriger Zeit**

Dabei wissen wir um die großen Herausforderungen, denen sich die Politik nicht nur in unserem Lande gegenübersteht. Wir leben in einer schwierigen Zeit mit krisenhaften Entwicklungen, die entschiedenes Handeln auf allen politischen Ebenen erfordert. Die vor uns liegenden Jahre werden nicht leicht. Die Wirtschafts- und Finanzkrise, der Klimawandel, die demographische Entwicklung, die Bildungsfrage – all dies sind Aufgaben, deren Bewältigung für die Zukunft unseres Landes von entscheidender Bedeutung ist. Deshalb ist die neue saarländische Landesregierung fest entschlossen, sich diesen Herausforderungen zu stellen und auf der Basis neuer Bündnisse und Gemeinsamkeiten Lösungswege zu beschreiten.

- Dies gilt zunächst für die Wirtschaftskrise, die keineswegs überwunden ist. Im Gegenteil: Wir haben allenfalls die Talsohle erreicht. Ungeachtet erster positiver Wachstumsprognosen für das kommende Jahr, wird der Wiederaufstieg erhebliche Zeit in Anspruch nehmen. Viele Auswirkungen der Krise werden erst in den nächsten Wochen und Monaten ihre volle Wirksamkeit entfalten.

Insbesondere am Arbeitsmarkt ist von einer deutlichen Verschärfung der Situation auszugehen. Bisher ist es zwar vor allem durch den Einsatz von Kurzarbeit gelungen Massenentlassungen zu verhindern und die Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt abzufedern. So waren im Juni 2009 rund 27.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an der Saar auf Kurzarbeit angewiesen. Die Arbeitslosenzahl sank im Oktober sogar um 1.681 auf 37.264. Das Saarland liegt damit bei der Arbeitslosenquote, bezogen auf alle abhängigen Erwerbspersonen im Bund-Länder-Vergleich, auf Platz 5.

Da das Saarland aber gemeinsam mit Baden-Württemberg den höchsten Anteil an Arbeitsplätzen hat, der ausschließlich exportabhängig ist und die Möglichkeit des Rückgriffs auf Kurzarbeit bei einzelnen Unternehmen ausläuft, besteht in der vor uns liegenden Zeit die konkrete Gefahr, dass die Arbeitslosenzahl nicht nur bundesweit, sondern auch in unserem Land beträchtlich und überdurchschnittlich ansteigt. Die saarländische Landesregierung wird daher alle ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten einsetzen, um den Anstieg der Arbeitslosigkeit auf das unvermeidbare Mindestmaß zu begrenzen.

- Daneben wird die Wirtschafts- und Finanzkrise erhebliche Rückwirkungen auf die Haushaltssituation unseres Landes haben. Infolge dieser Krise stehen Bund, Länder und Gemeinden vor den größten Steuermindereinnahmen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Beliefen sich die gesamtgesellschaftlichen Steuereinnahmen 2008 noch auf 561,2 Milliarden Euro ist für das Jahr 2009 nach der neuesten Steuerschätzung lediglich noch mit Einnahmen von 524,1 Milliarden Euro zu rechnen. Für das nächste Jahr wird eine weitere Abnahme auf 511,5 Milliarden Euro erwartet. Allein dies bedeutet für das Saarland ein Minus auf der Einnahmenseite des Haushaltes von mehr als 200 Millionen Euro pro Jahr. Daneben wird die Haushaltssituation durch die notwendigen Ausgaben im Rahmen der Konjunkturpakete und die Inanspruchnahme staatlicher Bürgschaften und Liquiditätshilfen in einem gegenwärtigen nicht bezifferbaren Umfang belastet. Berücksichtigt man ergänzend die Belastungen des Haushaltes durch beschlossene oder angekündigte Maßnahmen des Bundes, zeigt sich die insgesamt dramatische Lage der öffentlichen Haushalte. Die neue saarländische Landesregierung ist bereit, ihren Beitrag zur Überwindung dieser Situation durch eine weiterhin restriktive Haushaltspolitik zu leisten. Angesichts der besonderen Betroffenheit als Haushaltsnotlageland fordern wir aber auch die Solidarität der bündischen

Gemeinschaft ein. Nur auf dieser Grundlage wird es auch für unser Land möglich sein, den Marsch in den Schuldenstaat zu stoppen. Dazu gibt es keine Alternative. Dies ist unser Ziel. Dies sind wir den nachfolgenden Generationen schuldig. Wir wollen ihnen keine übermäßigen Schuldenberge hinterlassen.

- Auch und gerade mit Blick auf nachfolgende Generationen wollen wir uns der Herausforderung des Klimawandels stellen. Die globale Erderwärmung schreitet voran. Die vergangenen zehn Jahre waren die wärmsten seit Temperaturmessungen aufgenommen wurden. Es droht ein weiterer Temperaturanstieg in diesem Jahrhundert um bis zu 5,8 Grad mit verheerenden Konsequenzen für Umwelt und Natur. Soll – wie der Klimaforscher Prof. Schellnhuber es ausdrückt – „das Unbeherrschbare vermieden werden und das Unvermeidbare beherrschbar bleiben“, ist eine Begrenzung des Temperaturanstiegs auf zwei Grad notwendig. Dies setzt voraus, dass die weltweiten Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2050 mindestens halbiert werden. Nach dem Grundsatz „Global denken – lokal handeln“ wollen wir hierzu unseren Beitrag leisten. Ziel der neuen Landesregierung ist es, auch auf lokaler Ebene den Herausforderungen des Klimawandels zu begegnen und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes Saar zu sichern. Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und die Beachtung des Prinzips der Nachhaltigkeit sind zwingende Voraussetzungen für eine gute Zukunft unseres Landes. Deshalb wird die Landesregierung ihr Handeln konsequent an der Beachtung dieser Ziele ausrichten.
- Der demographische Wandel stellt eine weitere zentrale Herausforderung für unser Land dar. Das Saarland ist von dieser Entwicklung überproportional betroffen. So wird erwartet, dass die Bevölkerungszahl in unserem Land bis zum Jahr 2030 um mehr als 120.000 Menschen zurückgeht. Diese Zahl ist größer als die Gesamteinwohnerzahl des Landkreises Merzig-Wadern. Auch wenn das Saarland dann immer noch zu den dicht besiedelten Regionen in Europa zählt, werden sich insbesondere gravierende Verschiebungen im Altersaufbau der Bevölkerung ergeben. Auch dieser Herausforderung wird sich die neue saarländische Landesregierung stellen: Wir wollen das Saarland demographiefester machen. Dazu zählen Initiativen, die das solidarische Zusammenleben über Generationengrenzen hinweg stärken, ebenso wie Maßnahmen zur Erhaltung der Lebendigkeit unserer Dörfer, Ortskerne und ländlichen Räume. Dazu zählen aber auch verstärkte Bemühungen um die dauerhafte und erfolgreiche Integration von Migrantinnen und Migranten und vor allem die Weiterentwicklung von Strukturen, die durch eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und

Beruf und die Schaffung zusätzlicher Betreuungsmöglichkeiten die Entscheidung für Kinder erleichtern. Der demographische Wandel ist nicht – wie bisweilen behauptet – Katastrophe, sondern Gestaltungsaufgabe, die um so leichter zu bewältigen ist, je schneller und entschiedener sie angepackt wird. Unser Ziel ist ein lebendiges Saarland mit steigenden Geburtenzahlen und einer hohen Solidarität zwischen jungen und alten Menschen.

- Schließlich wird die neue saarländische Landesregierung dem Thema Bildung besondere Bedeutung beimessen. „Bildung ist das Megathema der Zukunft“ formulierte bereits der frühere Bundespräsident Roman Herzog. Eine gute Bildung ist die entscheidende Voraussetzung für die individuelle Entwicklung unserer Kinder und Jugendlichen wie auch für die Zukunftsperspektive unseres Landes. Wir wollen die nach wie vor in der Bundesrepublik bestehende enge Kopplung der Bildungschancen an die soziale Herkunft überwinden. Unser Ziel ist es, Kindern und Jugendlichen unabhängig von ihrer sozialen und ethnischen Herkunft gleiche und gerechte Chancen zu eröffnen. Jeder soll nach seinen Fähigkeiten und Talenten gefördert werden. Keiner soll vergessen werden. Das Saarland soll ein Land unbegrenzter Bildungs- und Aufstiegschancen sein. Denn wir wissen: Der Wirtschaftsstandort Saarland benötigt bestmöglich qualifizierte Menschen, um im globalen Wettbewerb bestehen zu können. Wir sagen aber auch: Wir fördern die Menschen um ihrer selbst willen. Für uns stehen die Menschen im Mittelpunkt.

### **Gemeinsam für ein menschliches und modernes Saarland**

Wirtschafts- und Finanzkrise, Klimawandel, demographische Entwicklung und die Bildungsfrage – von der Bewältigung dieser Themen hängt die Zukunft unseres Landes entscheidend ab. Die neue saarländische Landesregierung wird sich bei der Aufarbeitung dieser Themen von den Prinzipien

- der Nachhaltigkeit und der Generationengerechtigkeit
- der Subsidiarität und der Solidarität
- der Wahlfreiheit und der Chancengerechtigkeit

leiten lassen. Unser Ziel ist ein menschliches und modernes Saarland. Wir wollen, dass die Menschen in unserem Land gut leben können. Dafür wollen wir neue Bündnisse schmieden und neue Gemeinsamkeiten entwickeln.

Dabei wissen wir, dass die von uns angestrebten Ziele ohne wirtschaftliches Wachstum nicht erreichbar sind. Wir wissen aber auch, dass Wachstum und Wohlstand keine Synonyme sind. Deshalb erlaube ich mir an dieser Stelle eine persönliche Anmerkung: Ich bin fest davon überzeugt, dass wir einen neuen Wachstumsbegriff brauchen. Die Fixierung auf ein rein quantitatives Wachstum, ausschließlich orientiert an der Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes muss überwunden werden. Wir brauchen einen Wachstumsbegriff, der nicht rein ökonomisch definiert ist. Der neue Bundesumweltminister Norbert Röttgen hat hierfür den Begriff des „gesunden Wachstums“ vorgeschlagen und formuliert: „Gesundes Wachstum muss dazu dienen, die Lebensqualität der heutigen Generation zu verbessern, ohne die Chancen der nachfolgenden Generationen zu beeinträchtigen“. Ich halte diesen Ansatz für zutreffend. Für die Arbeit der neuen Landesregierung in den einzelnen Politikbereichen, denen ich mich im Folgenden zuwenden möchte, kann er eine wichtige Leitlinie sein.

### **Strukturwandel vorantreiben – Wirtschaftskrise überwinden**

Dies gilt insbesondere für den Bereich der Wirtschaft. Wir werden uns auch in diesem Bereich an der Maxime orientieren, dass wir die Probleme von heute lösen wollen, ohne die Chancen derjenigen, die nach uns kommen, zu schmälern.

Da das Saarland auf Grund seiner starken industriellen Basis und seiner überdurchschnittlichen Exportorientierung von der Wirtschaftskrise in besonderer Weise betroffen ist, wird die neue Landesregierung an den Maßnahmen zur Abmilderung der Folgen der Krise festhalten. Dies gilt sowohl für den Einsatz der bewährten Instrumente der Wirtschaftsförderung zur Unterstützung von Unternehmen, die auf Grund der Krise unverschuldet in Not geraten sind, als auch für die Umsetzung des Konjunkturpaktes Saar mit einem Volumen von rund 260 Millionen Euro. Der weitaus größte Teil der dabei eingesetzten Mittel fließt in den Hochschul- und Bildungsbereich und in die energetische Sanierung von Gebäuden. Damit werden die Ziele der Beschäftigungssicherung, der Nachhaltigkeit und der Verbesserung der Infrastrukturen im Bildungsbereich in sinnvoller Weise miteinander verknüpft.

Ein wichtiges Instrument zur Beschäftigungssicherung in der Krise war die Verlängerung der Möglichkeit zum Einsatz von Kurzarbeit auf 24 Monate. Diese Regelung ist befristet bis zum 31.12.2009 und droht auszulaufen. Die saarländische Landesregierung wird daher umgehend gegenüber der Bundesregierung eine Initiative mit dem Ziel ergreifen, diese

Regelung über das Jahresende 2009 hinaus zu verlängern, damit auch weiterhin durch den Einsatz von Kurzarbeit Entlassungen vermieden werden können.

Unabhängig von den Herausforderungen der aktuellen Wirtschaftskrise wird die neue saarländische Landesregierung die ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nutzen, um bestehende Arbeitsplätze möglichst zu sichern und die Entstehung neuer, zukunftssicherer Arbeitsplätze zu unterstützen. Wir halten am Ziel der Vollbeschäftigung fest. Dies ist angesichts der Unsicherheiten der aktuellen Krise ein ambitioniertes Ziel. Die Entwicklung der vergangenen Jahre vor Beginn der Krise haben aber gezeigt, dass das Saarland über die hierfür notwendigen Potenziale verfügt. Die neue Landesregierung wird daher mit einem Bündel von Maßnahmen ihren Beitrag leisten, um diese Potenziale zu erschließen.

1.

Wir wissen um die zentrale Bedeutung des Mittelstandes für Wachstum und Beschäftigung. Handel, Handwerk und Dienstleistungen sind im Saarland überwiegend mittelständisch geprägt. Der Mittelstand ist das Rückgrat unserer Wirtschaft. Er bietet die größte Zahl an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen. Deshalb wollen wir den Mittelstand durch weiteren Bürokratieabbau, neue Impulse bei der Außenwirtschaftsförderung und eine Novellierung des Mittelstandsförderungsgesetzes unterstützen. Wir werden uns darüber hinaus für die Erleichterung von Betriebsübergaben und verbesserte steuerliche Rahmenbedingungen für mittelständische Unternehmen einsetzen.

2.

Das Saarland war Industriestandort, ist Industriestandort und soll auch in der Zukunft Industriestandort bleiben. Unser Ziel ist es, die industrielle Produktion wettbewerbsfähig, nachhaltig und ökologisch verantwortlich zu gestalten, um damit die industrielle Wertschöpfung und die entsprechenden Arbeitsplätze dauerhaft zu sichern. Wir orientieren uns dabei an den Prinzipien der Kreislaufwirtschaft. Wir wissen, dass wir ohne nachhaltig ausgestaltete Produktion das Ziel der Vollbeschäftigung im Saarland nicht erreichen werden.

Der Automobil- und Automobilzuliefererindustrie, dem Stahl- und dem Maschinenbau werden auch zukünftig besondere Bedeutung zukommen. Wir wollen auf der Basis bestehender Initiativen unseren Beitrag zur Entwicklung des verbrauchsarmen, sicheren und sauberen „Autos der Zukunft“ leisten und dabei insbesondere einen neuen konzeptionellen Ansatz, der das Auto nicht als Verbrauchsgegenstand, sondern als Ressource betrachtet, unterstützen.

3.

Das Saarland leidet immer noch unter einer Selbstständigenlücke. Deshalb wollen wir die Förderung von Existenzgründungen intensivieren, die Gründungsberatung weiter verbessern und die Starterzentren an den Hochschulen ausweiten. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Existenzgründer in den ersten fünf Jahren soweit wie möglich von öffentlichen Abgaben befreit und von Kammerbeiträgen freigestellt werden. Bereits in Schule und Ausbildung werden wir das Interesse junger Menschen an unternehmerischer Selbstständigkeit wecken und deutlich machen: Selbstständigkeit ist ein erfolgversprechender Weg zu Selbstentfaltung und Selbstverwirklichung.

4.

Die Innovationsstrategie des Landes wird fortgesetzt und weiterentwickelt. Neben den bestehenden Schwerpunkten in den neuen Technologien, werden wir dabei unser besonderes Augenmerk auf die Bereiche Energietechnik, Klimaschutz und Mobilität richten. Wir werden die Innovationspolitik um den Kompetenzschwerpunkt „Dezentrale Energieversorgung/Neue Energien“ ergänzen und ein entsprechendes Energiecluster unter Beteiligung des Institutes für Zukunftssysteme einrichten.

5.

Voraussetzung für die Ausschöpfung bestehender Beschäftigungspotenziale sind gut ausgebildete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Aus- und Weiterbildung sind daher für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes von zentraler Bedeutung. Auch die neue saarländische Landesregierung hält an dem Ziel fest, jedem ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen Jugendlichen eine Erstausbildung zu ermöglichen. Wir wollen die Spitzenpositionen des Saarlandes beim Angebot von Ausbildungsplätzen verstetigen. Der „Ausbildungspakt Saar“ und das Landesprogramm „Ausbildung jetzt“ werden daher bedarfsorientiert weiterentwickelt. Ebenso werden die Programme des Landes zur Weiterbildung fortgeführt und intensiviert. Nach wie vor ist eine gute Ausbildung die beste Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, die es gibt. Deshalb wollen wir allen Menschen in unserem Land gute Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten garantieren.

6.

Wir messen der aktiven Arbeitsmarktpolitik einen hohen Stellenwert bei. Primäres Ziel ist dabei die Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt. Wir werden mit einer Vielzahl von Instrumentarien der beruflichen Qualifizierung und Beschäftigung im Rahmen einer vernetzten Gesamtstrategie insbesondere die Eingliederung von schwer vermittelbaren

Personengruppen in den Arbeitsmarkt fördern. Gerade den Schwächeren in unserer Gesellschaft wollen wir uns besonders zuwenden.

Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung werden wir verstärkt auf die Fähigkeiten und Kompetenzen älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer angewiesen sein. Auch wenn die Zahl arbeitsloser älterer Arbeitnehmer in den letzten Jahren signifikant zurückgegangen ist, wollen wir die Beschäftigungsquote in diesem Bereich in den kommenden Jahren deutlich erhöhen. Deshalb werden wir den „regionalen Beschäftigungspakt für Ältere im Saarland“ ausbauen und zusätzlich als zentrale Anlauf- und Beratungsstelle ein "Kompetenzcenter Ü 55" einrichten. Niemand soll vorzeitig aussortiert und zum „Alten Eisen“ gezählt werden. Im Gegenteil: Der Erfahrungsschatz Älterer ist ein wichtiges Kapital, das wir im Interesse einer guten Entwicklung unseres Landes optimal erschließen wollen.

7.

Die Tarifautonomie hat sich bewährt und wird von der saarländischen Landesregierung respektiert. Auf dieser Grundlage setzen wir uns für die Anwendung und Ausweitung des Arbeitnehmerentendegesetzes und branchenspezifische Mindestlöhne ein. Wir begrüßen die Absicht, das Verbot sittenwidriger Löhne gesetzlich festzuschreiben und sprechen uns gegen Dumpinglöhne aus. Die Sinnhaftigkeit eines eigenen Tariftreuegesetzes des Landes werden wir unter Berücksichtigung insbesondere der europäischen Rechtsprechung prüfen.

Die saarländische Landesregierung bekennt sich ausdrücklich zum Prinzip der Sozialpartnerschaft. Notwendige betriebliche Flexibilität und das berechtigte Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach Sicherheit müssen bestmöglich zusammengeführt werden. Wir treten für das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, für faire Löhne und für eine verstärkte Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Produktivvermögen ein.

### **Wettbewerbsfähige Energiewirtschaft durch ökologische Erneuerung**

Die neue saarländische Landesregierung ist sich bewusst, dass das Saarland als Industriestandort ohne eine funktionierende Energiewirtschaft nicht überlebensfähig ist. Wir wollen daher mit einem modernen energiepolitischen Gesamtkonzept die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes sichern und gleichzeitig den Herausforderungen des Klimawandels Rechnung tragen.

Um dies zu erreichen, werden wir einen Masterplan „Neue Energien“ entwickeln. Ziel ist es, eine nachhaltige, sichere und kostengünstige Energieversorgung des Saarlandes zu gewährleisten. Wir wollen den Zielen der Umwelt- und Klimaverträglichkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Versorgungssicherheit gleichermaßen Rechnung tragen. Hierbei setzen wir bei der Strom- und Wärmeversorgung vor allem auf den Ausbau der erneuerbaren Energien. Wir streben an, im Saarland den Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch bis zum Jahr 2020 auf 20 Prozent zu steigern. Neben dem Ausbau der Photovoltaik und der Windkraft möchten wir auch die mittel- und grundlastfähige Verstromung fester und flüssiger Biomasse voranbringen. Zudem werden wir die Nutzung der Tiefengeothermie prüfen. Außerdem werden wir orientiert an dem Vorbild des Landes Baden-Württemberg ein Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz vorlegen, das unter Berücksichtigung sozialer Aspekte auch den Altbestand und öffentliche Gebäude umfasst.

Den Ausbau der erneuerbaren Energien wollen wir verbinden mit einer Vielzahl von Maßnahmen, die auf die weitere Steigerung der Energieeffizienz abzielen. Energiesparen bringt doppelte Dividende: Es spart Kosten und vermindert vor allem den Ausstoß des klimaschädlichen CO<sub>2</sub>. Deshalb werden wir gemeinsam mit dem IZES und der Wirtschaft ein Energieeffizienznetzwerk aufbauen, die energetische Sanierung landeseigener und kommunaler Immobilien vorantreiben und Energie-Audits im Handwerk und der Industrie unterstützen.

Wir werden uns für eine stärkere Dezentralisierung der Energieversorgung einsetzen und damit auch bewusst auf weitere Marktwettbewerber setzen, ohne dass dadurch die Rolle privater Anbieter als Marktwettbewerber grundsätzlich in Frage gestellt werden soll.

Uns ist bewusst: Für eine Übergangszeit können wir auf fossile Energieträger nicht verzichten. Die Altersstruktur der mit fossilen Brennstoffen befeuerten Großkraftwerke macht in den nächsten Jahren Modernisierungs- und Ersatzinvestitionen zwingend erforderlich. Dazu kann auch der Neubau moderner Kraftwerke auf fossiler Basis mit einer maximalen Kapazität von 500 MW beitragen. Voraussetzung ist aber ein optimaler, dem neuesten Stand der Technik entsprechender Wirkungsgrad und eine größtmögliche Wärmekopplung.

Teil dieser Übergangstrategie ist auch der sozialverträgliche Auslaufprozess des Bergbaus im Saarland. Dabei prüfen wir die Möglichkeit, durch Bundesratsinitiativen einen Verzicht auf die Optionsklausel zu erreichen und das endgültige Abbauende in Deutschland sozialverträglich auf 2014 zu terminieren. Mit dem Auslaufen des Steinkohlenbergbaus an

der Saar endet ein Industriezweig, der über Generationen dieses Land in besonderer Weise geprägt hat. Die Landesregierung steht dafür ein, dass auch die letzte Etappe auf diesem Weg ohne betriebsbedingte Kündigungen zurückgelegt werden kann. Die Bergleute können auf das, was sie für dieses Land geleistet haben, stolz sein. Sie haben das Denken und Fühlen dieses Landes bleibend geprägt. Die Tugenden, die den Bergbau auszeichnen, werden auch in Zukunft ihre Bedeutung für unser Land behalten.

Hinsichtlich der Rolle der einzelnen Energieträger möchte ich ergänzend darauf hinweisen, dass die Landesregierung darin übereinstimmt, am gesetzlich festgelegten Atomausstieg festzuhalten. Gesetzesinitiativen, die die Verlängerung der Nutzung der Atomkraft zum Ziel haben, wird das Saarland im Bundesrat nicht zustimmen.

### **Natur und Klima nachhaltig schützen**

Um in umfassender Weise den Erfordernissen des Natur- und Klimaschutzes gerecht zu werden, wird die Landesregierung eine neue Nachhaltigkeitsstrategie entwickeln. Für sämtliche Planungen der öffentlichen Hand soll künftig ein Nachhaltigkeitscheck mit der Bewertung der Klima-, Umwelt-, Kosten- und Demographiegerechtigkeit verpflichtend sein. Zudem werden wir das Leitbild der Nachhaltigkeit stärker als bisher in der Landesentwicklungsplanung wie auch in den einzelnen Gemeinde- und Stadtentwicklungsstrategien berücksichtigen. Wir werden das Klimaschutzkonzept des Landes mit dem Ziel fortschreiben, bis zum Jahr 2050 den Treibhausgasausstoß um 80 Prozent zu reduzieren.

Ein Beitrag zur Stärkung der Nachhaltigkeit soll auch durch die beabsichtigte Novellierung des Naturschutzgesetzes geleistet werden. Damit wollen wir die Vielfalt der Natur- und Pflanzenwelt sichern und den Artenschutz verbessern. Dasselbe versprechen wir uns von der Fortschreibung der regionalen Biodiversitätsstrategie und dem Aufbau eines landesweiten Biotopverbundsystems.

Im Bereich der Jagd wollen wir die durch die Föderalismusreform auf die Länder übertragenen Kompetenzen nutzen, um die Belange des Tier- und Umweltschutzes stärker im Jagdrecht zu verankern. Novellieren werden wir auch das saarländische Waldgesetz mit dem Ziel, ein nachhaltiges Gleichgewicht zwischen Walderhaltung und Waldnutzung zu schaffen. Denn angesichts des Klimawandels und der beginnenden Rohstoffknappheit muss es uns gelingen, die immer wichtiger werdende Nutzung von Holz als Rohstoff in Einklang zu bringen mit der Funktion des Waldes als Boden, Wasser und Klima schützendes Ökosystem.

Der Schutz unserer vielfältigen Pflanzen- und Tierwelt, sauberes Wasser, gute Luft und der rücksichtsvolle und nachhaltige Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen – auch daran bemisst sich „Gutes Leben“ in unserem Land. Gemeinsam mit Naturschützern und Naturnutzern wollen wir hierfür sorgen.

### **Verkehr umweltfreundlich gestalten**

Mobilität ist unverzichtbarer Bestandteil moderner Gesellschaften. Im Sinne der Nachhaltigkeit wollen wir die Mobilität von Menschen und Gütern so gestalten, dass die negativen Folgen für die Umwelt minimiert und die wirtschaftliche Entwicklung unserer Region gesichert werden kann. Nachdem in den letzten Jahren die Infrastruktur im Straßennah- und –fernverkehr erheblich ausgebaut wurde, so dass in Zukunft – neben Instandhaltungsmaßnahmen – nur noch wenige Ergänzungen notwendig sind, werden wir künftig eine konsequente ÖPNV-Vorrangpolitik verfolgen. Hierzu werden wir nach der Schaffung des Tarifverbundes die Fortentwicklung in einen Verkehrsverbund mit dem Ziel vorantreiben, mittelfristig einen solchen Verbund für die gesamte Großregion SaarLorLux einzurichten. Zur Intensivierung des ÖPNV werden wir 60 Prozent der GVFG-Mittel einsetzen. Im Bereich des Schienenschnellverkehrs streben wir eine Verkürzung der Fahrzeit von Saarbrücken nach Frankfurt an und werden konsequent auf die Umsetzung der Erklärung von Baudrecourt hinarbeiten. Im Schienenpersonennahverkehr werden wir auf der Grundlage des gemeinsam mit Rheinland-Pfalz erarbeiteten Fahrplankonzepts die Fahrplanangebote weiter verbessern und die dafür erforderlichen investiven Maßnahmen in die Infrastruktur vornehmen. Gleichzeitig werden wir einen „Masterplan Mobilität“ vorlegen, in dem der weitere Ausbau der Saarbahn ebenso wie die Reaktivierung von stillgelegten Schienenstrecken geprüft wird.

Darüber hinaus ist es unser Ziel, das Saarland noch fahrrad- und fußgängerfreundlicher zu machen. Nachdem in der Vergangenheit das Radwegenetz vornehmlich unter touristischen und Freizeit-Gesichtspunkten ausgebaut wurde, werden wir künftig unser Augenmerk verstärkt auf den Alltagsradverkehr richten.

Die neue Landesregierung bekennt sich zum Flughafen Saarbrücken als unverzichtbaren regionalwirtschaftlichen Standortfaktor. Dabei sind wir uns einig, dass weitere Investitionen sowohl in die direkte als auch in die umliegende Flughafeninfrastruktur notwendig sind. Wir streben an in Kooperation mit der HTW unter Einbeziehung des Standortes Götteborn und privater Investoren am Flughafen ein Kompetenzzentrum für Luftfahrt zu errichten.

Hinsichtlich der zahlreichen verkehrspolitischen Einzelprojekte möchte ich lediglich eine Anmerkung zu dem Projekt „Stadtmitte am Fluss“ machen. Auch für die neue saarländische Landesregierung hat das „Memorandum of Understanding“ vom Juni dieses Jahres Gültigkeit. Danach steht die Realisierung des Projektes unter dem Vorbehalt einer positiven EU-Entscheidung über den Großprojektantrag und des Zuflusses der entsprechenden EU-Mittel. Nach der Entscheidung der EU ist daher eine erneute Bewertung des Gesamtprojektes und der einzelnen Teilprojekte geboten.

### **Bildungschancen verbessern – Betreuung ausbauen**

Ich komme damit zu einem weiteren zentralen Bereich auf der politischen Agenda der neuen saarländischen Landesregierung: der Bildungspolitik. Wir werden in diesem Bereich in den nächsten fünf Jahren einen deutlichen Schwerpunkt setzen. Dabei ist es unser gemeinsames Ziel, den Kindern und Jugendlichen unabhängig von ihrer sozialen und ethnischen Herkunft gleiche und gerechte Bildungschancen zu ermöglichen. Wir wollen ein Höchstmaß an Wahlfreiheit bezogen auf Bildungsgänge und Betreuungsangebote garantieren. Wir wollen alle jungen Menschen begabungsgerecht fördern und das Saarland zu einem Land unbegrenzter Bildungs- und Aufstiegschancen entwickeln.

Um diese Ziele zu erreichen, streben wir an, den Anteil der Ausgaben für Bildung und Wissenschaft am Landeshaushalt schrittweise auf 30 Prozent aufzustocken. Damit werden wir zugleich die Verpflichtungen des nationalen Bildungsgipfels erfüllen. Von allgemeinen Einsparquoten bleiben Bildung und Wissenschaft ausgenommen. Die auf Grund der demographischen Entwicklung frei werdenden finanziellen Mittel verbleiben im Bildungssystem und werden eingesetzt, um die Qualität dieses Systems zu verbessern. Damit steht fest: Wir räumen dem Bildungsbereich finanzielle Priorität ein. Angesichts der Bedeutung des Bildungswesens für die Zukunft unseres Landes ist diese Prioritätensetzung nicht nur gerechtfertigt, sondern geboten.

Ein Schwerpunkt wird dabei der quantitative und qualitative Ausbau der Krippenplätze und Betreuungsangebote sein. Ziel ist, den ab dem 1. August 2013 bestehenden Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr einzulösen. Die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern werden wir reformieren. Perspektivisch wird ein inhaltlich fokussiertes Fachhochschulstudium angestrebt. Gleichzeitig soll der Studiengang „Pädagogik der Kindheit“ an der HTW um einen berufsbegleitenden Teil

ergänzt werden. Für Kinderpflegerinnen und pädagogische Kräfte in Tageseinrichtungen und Freiwilligen Ganztagschulen werden wir berufsbegleitende Fortbildungsmöglichkeiten anbieten. Damit ist sichergestellt, dass auch für diejenigen, die teilweise seit vielen Jahren hervorragende Arbeit in unseren Vorschuleinrichtungen leisten, neue Perspektiven eröffnet werden.

Außerdem wollen wir Bildung und Betreuung im Saarland künftig enger miteinander verzahnen. Neben den erwähnten qualitätssteigernden Maßnahmen werden wir deshalb das gebührenfreie letzte Kindergartenjahr gemeinsam mit den Trägern der Betreuungseinrichtungen zu einem obligatorischen Schulvorbereitungsjahr weiterentwickeln. Damit werden wir unseren Kindern einen gleitenden Übergang vom spielerischen Lernen im Kindergarten zum strukturierten Lernen in der Grundschule ermöglichen. Wir werden so bereits im Vorfeld der Grundschule Raum für die individuelle und gezielte Förderung unserer Kinder schaffen. Im Vordergrund wird hierbei die frühzeitige Stärkung der Sprachkenntnisse der Schülerinnen und Schüler stehen.

Neben dieser intensivierten Frühbildung und –förderung streben wir an, ab dem Schuljahr 2011/2012 die gemeinsame Grundschulzeit aller Kinder eines Jahrganges um ein Jahr zu verlängern. Unter der Voraussetzung, dass die notwendigen rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden können, sollen die Schülerinnen und Schüler in der fünften Klasse gemeinsam von Grundschullehrkräften und Lehrpersonal aus den weiterführenden allgemeinen Schulen unterrichtet werden. Dabei werden wir sicherstellen, dass alle Kinder nach ihrem individuellen Lern- und Leistungsvermögen gefördert und gefordert werden. Damit die Lehrkräfteversorgung im Zuge der so erweiterten Grundschule gewährleistet ist, werden wir im Einvernehmen mit der Universität des Saarlandes, beginnend mit dem Jahr 2011, die Ausbildung für Lehrerinnen und Lehrer für die Grundschulen und die Sekundarstufe I wieder zurück ins Saarland verlagern. Die neue individuelle Förderung werden wir am Ende der Grundschulzeit mit einem verpflichtenden persönlichen Beratungsgespräch für die Eltern flankieren, das an die Stelle der verbindlichen Schullaufbahneempfehlung tritt. Die Entscheidung über die weitere Schullaufbahn soll dadurch in gemeinsamer Verantwortung von Eltern und Lehrern getroffen werden.

Das weiterführende Schulsystem soll ab dem Schuljahr 2013/2014 auf zwei gleichwertigen Säulen beruhen. Eine Säule dieses Modells stellt das grundständige Gymnasium dar. Die zweite Säule besteht aus einer neuen Schulform: der Gemeinschaftsschule, in die die bisherigen Schulformen Erweiterte Realschule und Gesamtschule übergeleitet werden. Eltern und Kinder haben damit die Wahl zwischen zwei verschiedenen Schulformen und –

wenn die entsprechenden Voraussetzungen gegeben sind – zwischen zwei unterschiedlichen Wegen zum Abitur. Das Gymnasium bietet unverändert das Abitur in 12 Jahren an, wobei wir aber die Stundentafel und die Lehrpläne des G 8 auf der Grundlage der Vorschläge der von der Vorgängerregierung eingesetzten Expertengruppe überarbeiten werden, um Überforderungen von Schülerinnen und Schülern zu vermeiden. Daneben wird die Gemeinschaftsschule alle Schulabschlüsse bis hin zum Abitur in 13 Jahren anbieten. Nach wie vor findet hier eine Leistungsdifferenzierung statt, über deren Ausgestaltung die Schulkonferenzen nach Festlegung eines KMK-konformen Differenzierungsrahmens entscheiden.

Wir sind uns bewusst, dass die Umsetzung dieses 2-Säulen-Modells eine Verfassungsänderung voraussetzt. Dabei besteht zwischen den Koalitionspartnern über den dauerhaften Fortbestand des grundständigen Gymnasiums Einvernehmen. Bei einer Verfassungsänderung wird dies rechtlich abgesichert.

Bei Nichtzustandekommen einer Verfassungsänderung bleibt die vierjährige Grundschule erhalten. Die Prinzipien der Chancengleichheit, Wahlfreiheit, Durchlässigkeit und des längeren gemeinsamen Lernens werden dann im Zuge von Teilreformen realisiert.

Unabhängig hiervon wollen wir künftig auf die unfreiwillige Wiederholung einer Klasse bis zum 7. Schuljahr verzichten. Erst dann werden verbindliche Versetzungsempfehlungen ausgesprochen.

Sowohl für starke wie für schwächere Schülerinnen und Schüler werden wir in Zukunft verstärkt individuelle Förderprogramme einrichten. Wir wollen allen Kindern in ihren unterschiedlichen Begabungen bestmöglich gerecht werden. Insbesondere die Hochbegabtenförderung und die Sprachförderung für Kinder mit Migrationshintergrund werden wir weiter ausbauen. Darüber hinaus werden wir im Sinne der gerechten Leistungsbeurteilung und mit dem Ziel der Qualitätssicherung schulformübergreifend an den zentralen Abschlussprüfungen festhalten.

Nicht nur bei der Schullaufbahn, sondern auch im Bereich der halb- oder ganztägigen Schulbetreuung wollen wir künftig umfassende Wahlfreiheit für die Eltern schaffen. Wir werden, neben der Freiwilligen Ganztagschule, auch die gebundenen ganztagsschulischen Angebote und die Ganztagsklassen ausbauen. An Standorten mit mehreren Schulen gleichen Typs sollen schrittweise Ganztagschulen errichtet werden können. Ansonsten soll das Ganztagsschulangebot in Form von Ganztagsklassen realisiert werden.

Ich will abschließend noch zwei Vorhaben im Bereich der Schulorganisation und der Lehrerbildung ansprechen. Beide zielen darauf, die Qualität unseres Bildungswesens mit Blick auf die verabredeten Reformen nachhaltig zu verbessern. Um die Lehrkräfte auf ihre künftigen Aufgaben im Bereich der Binnendifferenzierung und Individualförderung vorzubereiten, werden wir die Lehrerbildung zugunsten der Stufenlehrerbildung verändern. Darüber hinaus wird es in Zukunft verstärkt darauf ankommen, dem sich schon heute abzeichnenden Lehrermangel in bestimmten Fächern entgegenzuwirken. Wir wollen deshalb die Übernahme qualifizierter Lehrkräfte aus anderen Bundesländern intensivieren und verstärkt qualifizierte Seiten- und Quereinsteiger für den Lehrerberuf gewinnen. Diese qualitätssichernden Maßnahmen finden an den Schulen selbst ihre Fortsetzung: Wir werden an den Schulen systematische Qualitätsüberprüfungen durchführen. Gleichzeitig stärken wir ihre Selbstständigkeit und Eigenverantwortlichkeit, beispielsweise in den Bereichen Finanzplanung und Personalorganisation.

### **Hochschulen modernisieren und vernetzen**

Auch im Bereich der Hochschulen setzen wir auf Eigenverantwortlichkeit und Selbstverwaltungsautonomie. An den bewährten Instrumenten des Globalhaushaltes und der Zielvereinbarungen halten wir fest. Wir werden auf eine Intensivierung der Zusammenarbeit der Hochschulen mit privaten Unternehmen mit dem Ziel hinwirken, verstärkt Mittel für Stiftungsprofessuren zu gewinnen und die dualen Studiengänge weiter zu entwickeln.

Die Koalitionspartner haben sich darauf geeinigt, das grundständige Erststudium ab dem Sommersemester 2010 wieder gebührenfrei zu stellen. Die Gebührenpflicht für Zweitstudien und Langzeitstudierende besteht fort. Die Koalitionspartner stimmen überein, dass der Wegfall der Gebührenpflicht nicht zu Lasten der Qualität der Lehre gehen darf. Daher erfolgt die Kompensation für die wegfallenden Einnahmen der Hochschulen aus allgemeinen Haushaltsmitteln.

Im Bereich der strategischen Ausrichtung unserer Hochschulen verfolgen wir im Rahmen der Landeshochschulentwicklungsplanung das Ziel, bis zum Jahr 2020 eine attraktive und vernetzte Hochschullandschaft in Zusammenarbeit mit den Partnern der Großregion zu etablieren. Hinsichtlich der Stärkung des Wissenschaftsstandortes Saarland werden wir darauf hinwirken, dass insbesondere im Bereich der Zukunftsbranchen neue wissenschaftliche Einrichtungen und Studiengänge etabliert werden. Dazu zählt

beispielsweise die Einrichtung eines Lehrstuhls für integrierte Mikrosysteme der Energieversorgung und die Unterstützung des Masterprogramms Visual Computing. Auf dem Weg zu einer vernetzten Hochschullandschaft werden wir uns für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der Universität des Saarlandes und der HTW, insbesondere im Bereich der Ingenieurwissenschaften einsetzen und auch ein Promotionsrecht zur Aufwertung dieses und anderer Studiengänge an der HTW prüfen.

Die Hochschulen und universitätsnahen Forschungsinstitute sind unverzichtbare Innovationstreiber in unsrem Land. Wir werden sie daher in ihrem Bemühen um Exzellenz in Forschung und Lehre unterstützen und offensiv in den Prozess des Strukturwandels einbeziehen.

Unser Land verfügt über hervorragende Forscher und Lehrer. Mit ihnen gemeinsam wollen wir neue Wege für die Zukunft unseres Landes erschließen.

### **Sicherheit gewährleisten – Persönlichkeitsrechte schützen**

Die Gewährleistung der inneren Sicherheit, ohne dabei die Rechte des Einzelnen oder die Grundsätze einer offenen Gesellschaft zu schwächen, ist zentrales innenpolitisches Anliegen der neuen saarländischen Landesregierung. Wir wollen die Bürgerrechte stärken und zugleich Freiheit, körperliche Unversehrtheit und Eigentum der Menschen schützen. Wir werden jegliche Formen des Extremismus konsequent bekämpfen. Wir werden die jederzeitige Handlungsfähigkeit der saarländischen Polizei auch weiterhin gewährleisten und die Polizeipräsenz in der Fläche erhalten. Darüber hinaus wollen wir vor dem Hintergrund einer sich wandelnden Gesellschaftsstruktur verstärkt Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Migrationshintergrund für den Polizeidienst gewinnen.

Wir wollen Kriminalität nicht nur repressiv, sondern auch präventiv bekämpfen. Deshalb werden wir das in dieser Form einzigartige Landesinstitut für präventives Handeln ausbauen und die Koordination und Vernetzung von Polizei, Justiz, Sozial- und Jugendämtern, Schulen, freien Trägern sowie Kirchen und sozialen Einrichtungen verbessern. Unsere besondere Aufmerksamkeit widmen wir dabei der Prävention und Bekämpfung der Jugendkriminalität.

Wir vergessen die Opfer von Straftaten nicht. Die vorhandenen Instrumente des Opferschutzes werden wir konsequent anwenden und ihre Ausweitung prüfen. Neue

technologische Entwicklungen führen zu Gefährdungen insbesondere im Bereich des Datenschutzes. Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger im Rahmen unserer Möglichkeiten wirksam vor dem Missbrauch ihrer persönlichen Daten schützen. Eine Maßnahme hierzu wird die Schaffung eines unabhängigen Datenschutzzentrums sein, in dem der Datenschutz für den öffentlichen und den nicht-öffentlichen Bereich zusammengeführt wird. Parallel dazu werden wir im Saarland selbst auf eine eigene gesetzliche Grundlage zur Durchführung von Onlinedurchsuchungen ebenso verzichten wie auf eine automatisierte Kennzeichen-erfassung im saarländischen Polizeigesetz. Darüber hinaus wird die Videoüberwachung im öffentlichen Raum alleine der Vollzugspolizei im Rahmen bereits bestehender rechtlicher Möglichkeiten vorbehalten bleiben.

Die saarländische Landesregierung weis um die unterdurchschnittliche Finanzkraft der saarländischen Kommunen. Insoweit sind das Land und seine Kommunen in einer Schicksalsgemeinschaft verbunden. Die saarländische Landesregierung bietet den Kommunen des Landes eine offene und partnerschaftliche Zusammenarbeit an. Wir sind bereit, den kommunalen Finanzausgleich zu überprüfen, um eine angemessene Berücksichtigung der unterschiedlichen sozialen, infrastrukturellen und kulturellen Lasten zu gewährleisten. Wir wollen gemeinsam mit den Kommunen die Zukunft des Landes gestalten und im Rahmen unserer Möglichkeiten die kommunale Selbstverwaltungsautonomie stärken.

### **Für ein soziales und solidarisches Land**

Das Saarland soll auch in Zukunft eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht sein. Wir wollen, dass niemand in unserem Land im Abseits steht. Wir wollen die Menschen mitnehmen auf unserem Weg in die Zukunft. Wir setzen auf das Engagement und die Solidarität der Saarländerinnen und Saarländer.

Vor uns liegen viele Aufgaben, die staatliches, aber auch gesellschaftliches Engagement erfordern. Eine dieser Aufgaben besteht in der Bekämpfung der sogenannten „neuen Armut“. Zwar liegt die Quote der Bezieher von Leistungen der Mindestsicherung in unserem Land etwas unter dem Bundesdurchschnitt, dennoch besteht erheblicher Handlungsbedarf. Auf der Basis der ersten „Sozialstudie Saar“ werden wir eine sozialraumorientierte Konzeption zur Bekämpfung der Armut vor allem bei Kindern entwickeln und gleichzeitig in allen Landkreisen Projekte zur Bekämpfung der Kinderarmut einrichten. Dabei wissen wir, dass Armut nicht nur eine materielle Dimension hat. Wir werden angelaufene Programme zur Stärkung der Erziehungskompetenz bei benachteiligten Familien weiterentwickeln und

ausweiten. Wir streben an, die Schulabbrecherquote auch in den kommenden Jahren weiter zu senken, und wir werden den Übergang von der Schule in das Berufsleben durch besondere Fördermaßnahmen begleiten. Im Bereich des SGB II werden wir auf eine Korrektur des bisherigen Bemessungssystems mit dem Ziel drängen, die Regelleistungen für Kinder an den tatsächlichen Bedarf anzupassen.

Wir begrüßen die Pläne der Bundesregierung, das Schonvermögen von der derzeit 250 auf 750 Euro pro Lebensjahr zu erhöhen.

Die Menschlichkeit einer Gesellschaft erweist sich insbesondere im Umgang mit pflegebedürftigen, älteren oder behinderten Menschen. Hier wird die Landesregierung wie bisher nach dem Grundsatz verfahren: Soviel selbstbestimmtes Leben wie möglich, soviel Betreuung und Pflege wie nötig. Aus diesem Grund werden wir der ambulanten Pflege in beiden Bereichen den Vorrang geben. Wir wollen, dass die Betroffenen möglichst lange Zeit in ihrem vertrauten und von ihnen selbst ausgestalteten Umfeld bleiben können. Erst wenn dies nicht mehr möglich ist, soll eine stationäre Unterbringung erfolgen. Wir werden die Hilfs-, Beratungs- und Fortbildungsangebote für pflegende Angehörige ausbauen und die häusliche Pflege im niedrighschwelligem Bereich fördern. Zur Unterstützung der Angehörigen werden wir die Möglichkeiten der ambulanten Hilfe erweitern und wohnortnahe Pflegestützpunkte einrichten. Wir werden uns dafür einsetzen, die Pflegezeit auf drei Jahre zu verlängern.

Für Menschen mit Behinderung werden wir anhand frühzeitig einsetzender innovativer Betreuungskonzepte und behindertengerechter Arbeitsplatzangebote die Chancen zur Teilhabe am Erwerbsleben verbessern. Wir verstehen Barrierefreiheit in einem umfassenden Sinn und wollen entsprechend den Leitlinien der UN-Konvention dafür Sorge tragen, dass Menschen mit Behinderung sich möglichst frei und selbstbestimmt entfalten und am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.

Wir verbinden damit die Grundsätze der Subsidiarität und der Solidarität weil wir wissen: Verantwortete Freiheit ist Grundlage dieser Gesellschaft. Sie bedarf aber der Ergänzung durch das Prinzip der Solidarität. Nur eine solidarische Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht.

## **Die aktive Bürgergesellschaft tolerant und integrationsoffen gestalten**

Die moderne Gesellschaft ist eine aktive Bürgergesellschaft. Deshalb werden wir den in den vergangenen Jahren eingeschlagenen Weg zur Stärkung des ehrenamtlichen Engagements konsequent weiterverfolgen. Alle ehrenamtlich Tätigen in den Vereinen und Verbänden wie auch im Brand- und Katastrophenschutz und in den Rettungsdiensten werden sich weiterhin auf die Landesregierung als Partner verlassen können.

Darüber hinaus werden wir die Bürgerbeteiligung im Bereich der politischen Entscheidungsprozesse ausbauen. So wollen wir bei Volksbegehren und Volksentscheiden auf Landes- wie auch auf kommunaler Ebene die gesetzlichen Hürden niedriger legen, so dass diese Elemente direkter Demokratie einfacher in Anspruch genommen werden können. Im Bereich des Kommunal- und Landeswahlrechts werden wir das Zählverfahren nach d'Hondt durch das Verfahren nach Hare/Niemeyer ersetzen. Auf Landesebene wollen wir ein Zwei-Stimmen-Wahlrecht analog zum System der Bundestagswahl ebenso prüfen, wie die Abschaffung der Stichwahl bei den Direktwahlen von Bürgermeister\*innen und Landrät\*innen.

Eine moderne Gesellschaft braucht intakte Familien, in denen Ältere für Jüngere und Jüngere für Ältere nachhaltig Verantwortung übernehmen. Aus diesem Grund werden wir die Familien anhand eines flächendeckenden Netzes von lokalen „Bündnissen für Familien“ und durch die Einführung eines Familienpasses stärken. Zudem wird der Ausbau unseres Kinderbetreuungssystems die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie wesentlich verbessern. Familien sind Keimzellen unserer Gesellschaft. Wir wollen unsere Familien unterstützen, weil sie für die Zukunft unseres Landes von unverzichtbarer Bedeutung sind.

Zu einer modernen Gesellschaft gehört auch die Freiheit von Diskriminierung und die Gleichberechtigung der Geschlechter. Aus diesem Grund sieht sich die neue Landesregierung dem Prinzip des „Gender Mainstreaming“ als Querschnittsaufgabe verpflichtet. Wir wollen auf die Einrichtung eines Lehrstuhls für Genderforschung hinwirken und in der Landesverwaltung ein ressortübergreifendes Gender-Netzwerk implementieren, um auf diese Art die Gleichstellungspolitik voranzutreiben. Unser Ziel ist es die Frauenquote in öffentlichen Führungspositionen bis 2020 auf 40 Prozent zu steigern.

Gleichermaßen wenden wir uns gegen die Diskriminierung aufgrund sexueller Identität und Orientierung. Diesen Grundsatz werden wir nicht nur in der Landesverfassung verankern, sondern auch die Initiative der Länder Berlin, Bremen und Hamburg zu Art. 3 Abs. 3 GG

unterstützen. Im saarländischen Landesrecht werden wir die Gleichstellung verpartnerter Beamter und Beamtinnen beim Familienzuschlag festschreiben.

Schließlich zeichnet sich eine moderne Gesellschaft durch gelungene Integration und ethnische und kulturelle Vielfalt aus. Um diese Ziele aktiv zu verfolgen, wird die Landesregierung einen Landesintegrationsbeauftragten benennen und eine Stabsstelle Integration/Migration einrichten. Grundlegend für das Gelingen von Integration ist die umfassende Teilhabe von Migranten am öffentlichen Leben einer Gesellschaft, insbesondere aber am Erwerbsleben. Diese Ziele wird die Landesregierung konsequent anhand gezielter Sprachförderungsmaßnahmen und speziell ausgerichteter Instrumentarien der Arbeitsmarktpolitik verfolgen. Wir werden den interkulturellen Dialog fördern und die Kompetenzen erfolgreicher Migranten nutzen, um Zuwandererkindern anhand von Patenschaften eine besondere Art der Förderung zukommen zu lassen.

Um eine schnellere Integration von neu ankommenden Zuwanderern zu erreichen, werden wir die Situation in der Landesaufnahmestelle Lebach überprüfen und dabei anstreben, eine zügigere Verteilung der Bewohner auf die saarländischen Gemeinden zu gewährleisten. Auch werden wir unter Beachtung verfassungsrechtlicher Vorgaben die Rechte der Härtefallkommission stärken und ihre Untersuchungsmöglichkeiten ausweiten.

Zuwanderung und Integration gehören zusammen. Zuwanderung ist Bereicherung für alle Beteiligten, wenn die Integration gelingt. Die saarländische Landesregierung stellt sich daher der Aufgabe, ihren Beitrag zu leisten, damit Integrationsprozesse erfolgreich verlaufen.

### **Eine lebendige Kulturlandschaft sichern**

Eine humane und moderne Gesellschaft bedarf der Vielfalt kulturellen Schaffens und kultureller Ausdrucksformen. Diese Vielfalt zu fördern und zu bewahren ist das erklärte Ziel der Landesregierung. Wir erkennen an, dass sich Breitenkultur und Spitzenkultur gegenseitig bedingen. Allen Formen kulturellen Schaffens werden wir aus diesem Grund breiten Raum lassen und bestmögliche Förderung gewähren.

Um die breite Vielfalt dieses Schaffens systematisch zu erfassen, werden wir bis zur Mitte der Legislaturperiode einen Kulturbericht verfassen und der Öffentlichkeit vorlegen. Auf dieser Basis werden wir die kulturpolitischen Entwicklungsperspektiven unseres Landes in

einer öffentlichen Debatte ausloten und zur Grundlage unseres weiteren kulturpolitischen Handelns machen.

Die kulturellen Leuchttürme des Landes, aber auch die vielfältigen lokalen und regionalen Initiativen werden wir im Rahmen des Möglichen weiter unterstützen.

Ungeachtet dessen wollen wir weiterhin zentrale kulturpolitische Leitprojekte, wie beispielsweise den Bau des Vierten Pavillons, des Saarland-Museums oder den Bau der geplanten Eventhalle in Saarbrücken, vorantreiben.

### **Den demographischen Wandel gestalten**

Die Gestaltung des demographischen Wandels ist eine Querschnittsaufgabe. Viele der bereits angesprochenen Themen haben daher erkennbar demographische Komponenten. Ergänzend möchte ich auf folgendes hinweisen:

Um den Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Siedlungs- und Versorgungsinfrastrukturen Rechnung zu tragen, werden wir den Landesentwicklungsplan entsprechend fortschreiben. Wir werden in den Dörfern und Städten der Innenentwicklung den Vorrang vor der Außenentwicklung einräumen. Auf diese Art werden wir den Flächenverbrauch reduzieren und die Strukturen der Versorgungseinrichtungen an die Gegebenheiten einer schrumpfenden Bevölkerung anpassen. Dies betrifft nicht nur die Versorgung mit Energie und Trinkwasser, die Entsorgung von Abfall und Abwasser, dies betrifft auch die Gesundheitsversorgung mit einem flächendeckenden und wohnortnahen Netz an Kliniken, an Haus, Fach- und Zahnärzten und an Apotheken insbesondere im ländlichen Raum.

Insgesamt sind vor dem Hintergrund des demographischen Wandels neue Anforderungen an die Bewahrung und den Schutz der Gesundheit gestellt. Dabei steht heute sehr viel stärker als in früheren Jahren der Grundsatz der Prävention im Vordergrund. Frühzeitige Prävention vermeidet nicht nur spätere Beeinträchtigungen, sondern hilft auch vor dem Hintergrund einer alternden Gesellschaft, unser Gesundheitssystem zukunftsfähig zu machen. Aus diesem Grund unterstützen wir die Familien wie auch die Kinderbetreuungseinrichtungen in ihrem Bemühen um eine gesundheitsbewusste Erziehung, indem wir die Drogen- und Suchtberatung intensivieren und unsere Kampagne „Saarland aktiv und gesund“ ausbauen und mit anderen erfolgreichen Präventionskampagnen vernetzen.

Um auch in Zukunft für das Saarland eine bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung sicherstellen zu können, werden wir unsere Krankenhausstruktur auf der Basis des im kommenden Jahr vorliegenden Krankenhausplanungsgutachtens anpassen. Zudem wollen wir dem sich abzeichnenden Hausärztemangel durch die Einrichtung eines Lehrstuhls für Allgemeinmedizin an der Universität des Saarlandes entgegenwirken und die Aus- und Weiterbildung des Pflegepersonals im Sinne einer Integration von Alten- und Krankenpflegeberufen fortentwickeln.

### **Intensivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit**

Selbstverständlich werden wir bei all unseren Maßnahmen immer auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit unseren Partnern in der Großregion im Blick haben. Die europäische Integration eröffnet die große Chance, aus einer nationalen Randlage in eine europäische Zentrallage zu rücken. Deshalb wollen wir auf dem Weg zu einer Modellregion im Herzen Europas weiter voranschreiten. Wir wollen gemeinsam mit unseren interregionalen Partnern Vorreiter sein, wenn es darum geht das Europa der Regionen zu schaffen. Wir wollen Vorreiter sein, wenn es darum geht, nationale Barrieren zu überwinden und eine gemeinsame grenzüberschreitende Identität aufzubauen. Und wir wollen Vorreiter sein, wenn es darum geht, die großen Herausforderungen der Zukunft gemeinsam anzunehmen und zu meistern.

Hierzu werden wir in dieser Legislaturperiode neue Akzente setzen und neue Projekte anstoßen. Richtschnur wird dabei das Zukunftsbild 2020 sein, das seine Aktualität nicht verloren hat. Die Universität der Großregion, grenzüberschreitende Verkehrsprojekte oder die Aufarbeitung verbliebener Probleme von Grenzgängern sind Beispiele für Themen, die unmittelbar den Alltag der Menschen in der Großregion betreffen. Das Saarland ist unsere Heimat. Aber: Europa ist unsere Zukunft. Die Landesregierung ist daher entschlossen ihren Beitrag zu leisten, damit die aus der europäischen Entwicklung sich ergebenden Chancen genutzt werden.

### **Finanzen konsolidieren**

Die Situation der öffentlichen Haushalte hat sich in den letzten Wochen und Monaten dramatisch zugespitzt. Dies gilt für Haushaltsnotlageländer – zu denen auch das Saarland gehört – in besonderer Weise. Dennoch bekennt sich die Haushalts- und Finanzpolitik dieser

Landesregierung zu den Leitprinzipien der Nachhaltigkeit und der Generationengerechtigkeit. Hierzu gibt es keine Alternative. Alles andere würde bedeuten, dass man den Marsch in den grenzenlosen Schuldenstaat dauerhaft akzeptiert. Dies wäre mit Blick auf die uns nachfolgenden Generationen schlicht unverantwortlich.

Deshalb ist die saarländische Landesregierung bereit, alle zumutbaren Eigenanstrengungen zu unternehmen, um die Finanzlage des Landes zu verbessern. Wir bekennen uns zu einer restriktiven Haushaltspolitik. Bereits in den vergangenen Jahren waren die Steigerungsraten des saarländischen Landeshaushaltes die niedrigsten aller Bundesländer. Wir wollen unter Beachtung des verfassungsrechtlichen Gebotes gleichwertiger Lebensverhältnisse alle Möglichkeiten zur Verbesserung der Einnahmeseite und zur Begrenzung der Ausgaben nutzen. Wir werden deshalb eine Haushaltsstrukturkommission einsetzen, die alle Haushaltspositionen erneut und aus ihrer Sicht auf den Prüfstand stellen, Sparpotenziale erarbeiten und den Haushaltsvollzug überwachen wird.

Wir wissen, dass wir als Nehmerland im Länderfinanzausgleich uns in der Summe keine höheren Standards als die Geberländer leisten können. Mit Blick auf das Verfassungsgebot gleichwertiger Lebensverhältnisse haben wir aber auch Anspruch darauf, uns im Gleichklang mit den übrigen Bundesländern zu entwickeln. Wir werden uns bei der Steigerungsrate des Haushaltes daher am Durchschnitt der Länder, die Konsolidierungshilfen erhalten, orientieren. Die durchschnittliche Steigerungsrate aller Landeshaushalte darf nicht überschritten werden.

Soweit in diesem Rahmen Einsparnotwendigkeiten entstehen, bleibt bei der Festlegung genereller Einsparquoten der Bildungsbereich ausgenommen. Die verbleibenden Handlungsspielräume werden eingesetzt, um die im Koalitionsvertrag vereinbarten Vorhaben konsequent in Angriff zu nehmen. Dabei werden Priorisierungen und schrittweises Vorgehen unvermeidbar sein.

Trotz aller Eigenanstrengungen wird unser Land aber ohne Hilfe der bündischen Gemeinschaft seine unverschuldete Haushaltsnotlage nicht überwinden können. Deshalb wurden dem Saarland und weiteren vier Bundesländern im Zug der Einführung der sogenannten Schuldenbremse „Konsolidierungshilfen“ in Höhe von 2,34 Milliarden Euro zugesagt. Ziel der Schuldenbremse ist es, beim Bund bis zum Jahr 2016 nahezu und bei den Ländern bis zum Jahr 2020 vollständig ausgeglichene Haushalte zu erreichen. Mit den Konsolidierungshilfen sollten die Notlageländer in die Lage versetzt werden, den Weg zur

Beseitigung struktureller Haushaltsdefizite mit zu beschreiten und dadurch den Marsch in den Schuldenstaat zu stoppen.

Mittlerweile haben sich die Rahmenbedingungen, die der Einführung der Schuldenbremse im Februar 2009 zugrunde gelegt wurden, signifikant verschlechtert:

- Ging die Arbeitsgruppe Haushaltsanalyse der Föderalismuskommission noch von einem jährlichen Einnahmewachstum von 3 % aus, gehen mittlerweile nahezu alle Sachverständigen davon aus, dass auch nach Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise ein derartiges Einnahmewachstum im Konsolidierungszeitraum nicht mehr erreichbar ist. Das BMF selbst hat im Juli 2009 seine Prognose auf 2,3 % reduziert.
- Aus der jüngsten Steuerschätzung ergeben sich für das Saarland gegenüber der Prognose vom Mai 2008 Steuermindereinnahmen für dieses Jahr von 243 Millionen Euro und für das nächste Jahr von rund 300 Millionen Euro.
- Beschlossene oder angekündigte Steuerrechtsänderungen können zu weiteren erheblichen Steuerausfällen führen. Bereits die noch von der Großen Koalition zum 01.01.2010 beschlossenen Maßnahmen, haben für das Saarland jährliche Mindereinnahmen von 78 Millionen Euro zur Folge. Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz würde zu zusätzlichen Steuerausfällen von 41 Millionen Euro jährlich führen und bei einem Umbau des Einkommenssteuertarifs zu einem Stufentarif wäre mit einem Einnahmeausfall in Höhe von weiteren 130 Millionen Euro pro Jahr zu rechnen.

Damit ist mit Blick auf die Schuldenbremse und die Konsolidierungshilfen eine neue Geschäftsgrundlage gegeben, die bei den anstehenden Verhandlungen zum Abschluss eines Staatsvertrages zwischen Bund und Konsolidierungsländern nicht außer Betracht bleiben darf. Unvorhersehbare Ereignisse sind bei der Frage nach der Schuldenbremse – so sieht es das Grundgesetz ausdrücklich vor – nicht zu berücksichtigen. Dann kann aber auch für die Gewährung der Konsolidierungshilfen nichts anderes gelten. Deshalb werden wir unseren Anspruch auf Gewährung der Konsolidierungshilfen in enger Abstimmung mit den übrigen finanzschwachen Ländern konsequent gegenüber dem Bund vertreten. Für den Fall, dass der Bund in den Verhandlungen nicht bereit sein sollte, auf die berechtigten Anliegen der Empfängerländer einzugehen, behält sich die saarländische Landesregierung vor, die

beim Bundesverfassungsgericht noch anhängige Klage zur Finanzausstattung des Landes wieder aufzunehmen.

Ansonsten gilt auch für den Bereich der Finanzpolitik: Wir wollen die Probleme von heute nicht auf Kosten der nachfolgenden Generationen lösen. Wir wollen die Neuverschuldung daher auf das unerlässliche Mindestmaß begrenzen und halten an den Grundsätzen restriktiver Haushaltspolitik fest.

Ich komme damit zum Schluss und fasse zusammen:

Unser Land steht vor großen Herausforderungen. Vor uns liegt eine schwierige Zeit. Die neue saarländische Landesregierung ist fest entschlossen, sich diesen Herausforderungen zu stellen. Wir wollen neue Wege für ein modernes Saarland gehen und den Fortschritt nachhaltig gestalten. Ein wirtschaftlich starkes, ökologisch vorbildliches und sozial gerechtes Saarland ist unser Ziel. Dafür werden wir uns mit all unserer Kraft gemeinsam einsetzen. Alle gesellschaftlich relevanten Kräfte sind herzlich eingeladen, die vor uns liegende Wegstrecke mit uns gemeinsam zu gestalten. Wer miesmacht, springt zu kurz. Mitmachen ist gefragt. Dazu rufe ich auf. Packen wir es gemeinsam an – im Interesse einer guten Zukunft für die Menschen in unserem Land.